

Antrag 4/II/2022**Abt. 8 - Friedenau****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mindestlohn konsequent umsetzen!**

1 Die Erhöhung des bundesweiten Mindest-

2 lohns auf 12€ und des Berliner Landesmin-

3 destlohns auf 13€ ist eine bedeutende Errun-

4 genschaft für Arbeitnehmer*innen im Jahr

5 2022. Jetzt gilt es sicherzustellen, dass der er-

6 höhte Mindestlohn auch bei allen ankommt.

7 Seit der Einführung des allgemeinen Min-

8 destlohns 2015 finden Arbeitgeber*innen di-

9 verse Wege, um den Mindestlohn nicht zu

10 bezahlen. Davon sind deutschlandweit bis

11 zu 3 Mio. Arbeitnehmer*innen jährlich be-

12 troffen. Überdurchschnittlich häufig betrof-

13 fen sind Frauen, Minijobber*innen, Beschäf-

14 tigte unter 24 Jahren, im Rentenalter, mit ge-

15 ringer Schulbildung oder aus dem Ausland

16 sowie Menschen in Ostdeutschland (im Ver-

17 gleich zu Westdeutschland). Besonders oft

18 kommen Mindestlohnverletzungen dabei im

19 Hotel- und Gaststättengewerbe, Baugewer-

20 be, der Transport- und Logistikbranche sowie

21 der Gebäudereinigungsbranche vor.

22 Arbeitgeber*innen nutzen verschiedene,

23 meist den betroffenen Arbeitnehmer*innen

24 unbekannte, Strategien zur Umgehung

25 des Mindestlohns, die bislang schwierig zu

26 ahnden sind. Beispielsweise zwingen sie

27 ihre Arbeitnehmer*innen in (unbezahlte)

28 Überstunden, weil der Arbeitsumfang ohne

29 diese nicht machbar wäre oder es wird eine

30 Art Pauschale ausgemacht, in der jedoch

31 die Zeit für An- und Abreisen oder Vorberei-

32 tungen nicht inbegriffen ist und demnach

33 nicht bezahlt wird. Bei Minijobs wird der

34 Mindestlohnanspruch in vielen Fällen auch

35 dadurch unterlaufen, dass Beschäftigte für

36 Urlaubs-, Krankheits- und Feiertage keinen

37 Lohn erhalten - obwohl er ihnen zustünde.

38 Missbräuche werden aus verschiedenen

39 Gründen nicht geahndet: Häufig wird ein

40 bestehendes Abhängigkeitsverhältnis zwi-

41 schen Arbeitnehmer*in und Arbeitgeber*in

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der Antragskommis-**
sion

S. 6. ab Zeile 7 bis S. 7 Zeile 68
als Begründung des Antragstextes nehmen
S. 8 in Zeile 90 einfügen vor Mindestlohns-
Informations-Offensive:
mehrsprachige

42 oder die Unwissenheit der betroffenen
43 Beschäftigten ausgenutzt. In diesen Fällen
44 kommt es meist nicht zu einer Meldung des
45 Verstoßes durch die Arbeitnehmer*innen.
46 Hier fehlt es an hinreichender Aufklärung für
47 Beschäftigte über ihre Rechte sowie zugäng-
48 lichen Meldestellen für Missbrauchsfälle.
49 Darüber hinaus leidet die für die Kontrolle
50 der Einhaltung zuständige Finanzkontrolle
51 Schwarzarbeit der Zollverwaltung unter
52 massivem Personalmangel, sodass die Ein-
53 haltung des Mindestlohns nicht ausreichend
54 und flächendeckend überprüft werden kann.
55 Einen weiteren Grund stellt die häufig in-
56 transparente und schwierig zu überprüfende
57 Arbeitszeiterfassung in Papierform und/oder
58 handschriftlich dar.
59 Mit der Erhöhung des Mindestlohns im Jahr
60 2022 steigt die Missbrauchsgefahr erneut an
61 und die Anreize, den Mindestlohn zu um-
62 gehen, nehmen zu. Auch Unternehmen, die
63 sich bislang an Mindestlohnregelung gehal-
64 ten haben, könnten mit den nun steigenden
65 Lohnkosten Möglichkeiten suchen, Mehrkos-
66 ten zu vermeiden und damit die Profite zu
67 steigern - gerade jetzt muss also stärker kon-
68 trolliert werden.
69 Daher fordern wir die sozialdemokratischen
70 Mitglieder des Bundestags sowie der Bundes-
71 regierung auf,

- 72 • zusätzliche Personalmittel für die Fi-
73 nanzkontrolle Schwarzarbeit der Zoll-
74 verwaltung im Haushalt einzustellen
75 und eine entsprechende Werbekampa-
76 gne zur Besetzung dieser Stellen zu er-
77 möglichen, um eine flächendeckende
78 und zielführende Kontrolle der Einhal-
79 tung des Mindestlohns zu gewährleis-
80 ten.
- 81 • eine digitale und manipulationssiche-
82 re Zeiterfassungslösung durch die Bun-
83 desregierung zur Verfügung zu stel-
84 len und Arbeitgeber*innen dazu zu ver-
85 pflichten, diese zu nutzen.
- 86 • ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das
87 klar regelt, was zur bezahlten Arbeits-
88 zeit gehört (An- und Abreise, Umzie-
89 hen).
- 90 • eine Mindestlohns-Informations-

- 91 Offensive durch die Bundesagentur für
92 Arbeit und das Bundesministerium für
93 Arbeit und Soziales zu finanzieren.
- 94 • die Meldestelle für Verstöße gegen das
95 Mindestlohngesetz weiter auszubau-
96 en, sodass Arbeitnehmer*innen dort
97 stärker beraten und in ihrem rechtli-
98 chen Vorgehen gegen ihre*n Arbeitge-
99 ber*in unterstützt werden.